

XXIII.GP-NR**1308 /AB****06. Sep. 2007****Die Bundesministerin für europäische
und internationale Angelegenheiten****zu 1333 /J**

Dr. Ursula Plassnik

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Dr. Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

3. September 2007
BMeiA-TR.2.13.33/0004-II.2/2007

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Reinhard Eugen Bösch, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. Juli 2007 unter der Nr. 1333/J-NR/2007 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „der mutmaßlichen Vergiftung Abdullah Öcalans“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Anfang März sind dem Außenministerium im Wege der Botschaft Ankara aus Medienberichten und Schreiben kurdischer Funktionäre Behauptungen zur Vergiftung von Abdullah Öcalan zur Kenntnis gekommen.

Der türkische Justizminister und Regierungssprecher Cemil Cicek hat diese Behauptungen in der Folge zurückgewiesen und sich auf eine entsprechende Untersuchung berufen.

Zu Frage 2:

Den mir vorliegenden Informationen zufolge ist keine internationale Delegation geplant.

./2

Zu Frage 3:

Die Europäische Union hat seit der Verhaftung Abdullah Öcalans im Februar 1999 den Prozess, das Urteil sowie die Haftbedingungen genauestens verfolgt, begleitet und dabei klare Erwartungen geäußert.

Die Tatsache, dass dessen Todesurteil schließlich in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt und in Folge die Todesstrafe in der Türkei gänzlich abgeschafft wurde, ist als Auswirkung des Annäherungsprozesses der Türkei an die Europäische Union positiv gewürdigt worden.

In den letzten Jahren waren die allgemeinen Haftbedingungen in den türkischen Gefängnissen und die dabei erzielten Fortschritte ein zentrales Thema in den jährlichen Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission.

Zu den Fragen 4 und 5:

Das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Committee for the Prevention of Torture – CPT) besteht gemäß Europäischem Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe aus ExpertInnen, die in ihrer persönlichen Eigenschaft und unabhängig tätig sind. Das CPT bestimmt das Programm seiner Besuche in den Mitgliedstaaten des Europarates selbst und ohne jegliche Beeinflussung. Eine Aufforderung eines Drittstaates an das CPT, einen Besuch in einem bestimmten Staat durchzuführen, würde dem Übereinkommen widersprechen.

- 3 -

Das CPT hat seit 1999 elf Besuche in der Türkei durchgeführt, zuletzt im Mai 2007. Die Türkei hat der Veröffentlichung der Berichte über die Besuche regelmäßig zugestimmt. Anlässlich der Besuche im Frühjahr 1999 und Februar 2003 traf die Delegation jeweils mit Herrn Öcalan zusammen. Im Dezember 2005 sprach die CPT-Delegation gegenüber den türkischen Behörden u.a. die Haftbedingungen von Herrn Öcalan an.

Besuch